

# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig  
Bei Bestellungen und allen Anzeigen

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen  
Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Vellagen: Der rote Stern / Rund um den  
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

7. Jahrgang Dresden, Sonnabend den 10. Oktober 1931 Nummer 166

## Gruß den werktätigen Frauen zum: Kampftongreß der Frauen!

Bon  
F. Gelbmann  
M. d. L.

Heute Sonnabend und morgen Sonntag tagt in Leipzig der Vönderkongreß werktätiger Frauen für Sachsen und Mitteldeutschland. In Hunderten von Versammlungen von Betriebsarbeiterinnen, Hausfrauen, Angestellten und erwerbslosen Frauen sind Delegierte zu diesem Kongreß gewählt, die in Leipzig zusammentreten, um in erster Beratung Wege und Ziele des Kampfes der werktätigen Frauen zu beraten und festzulegen. Dieser Kongreß wird ein Kampftongreß, ein Kampfpalast der Frauen aller werktätigen Schichten sein. Auf diesem Kongreß werden die Frauen aus allen werktätigen Schichten, Betriebs- und Heimarbeiterinnen, erwerbslose Frauen, Angestellte, Kleinbäuerinnen, Landarbeiterinnen und Frauen des werktätigen Mittelstandes sich zusammenschließen, um die rote Einheitsfront aller werktätigen Frauen zu schmieden zum Kampf um die Befreiung von Elend und Not.

Die Politik der herrschenden Klasse, die Politik der Notverordnungen und der Klassenverleumdung belastet insbesondere die werktätige Frau. Sie ist es, die insbesondere die Lasten der Fall- und Steuerpolitik der Bourgeoisie zu tragen hat, die die Auswirkungen der Lohnfällungen und der Herabsetzung der Erwerbslosenunterstützung am stärksten zu spüren bekommt. Mit immer neuen Notverordnungen versucht die Bourgeoisie, die Lasten der kapitalistischen Wirtschaftskrise auf die Schultern des werktätigen Volkes abzumwälzen.

Im Mittelpunkt aller Beratungen des Vönderkongresses der werktätigen Frauen wird darum stehen die Frage des Kampfes gegen die Politik der Bourgeoisie, gegen die wachsende Beteuerung, gegen Hunger und Not. Die Organisation des Kampfes gegen die Notverordnungen wird die wichtigste Aufgabe dieses Kongresses sein. Gegen die „nationale Selbsthilfe“ organisiert das werktätige Volk, organisiert das Proletariat im Bündnis mit allen werktätigen Schichten die rote Selbsthilfe der Werktätigen. Rote Selbsthilfe der Werktätigen, das bedeutet Kampf gegen die neuen Lohnraubpläne der Kapitalisten, das bedeutet Organisation von Streiks in den Betrieben zur Abwehr neuer Lohnfällungen und zur Erklämpfung höherer Löhne.

Für den Kampf der sächsischen Arbeiter um Lohn und Brot sind die weiblichen Arbeiter in den Betrieben von der größten Bedeutung. In der sächsischen Textilindustrie stellen die Textilarbeiterinnen einen außerordentlich hohen Prozentsatz der beschäftigten Arbeitskräfte dar. Die Lage dieser Textilarbeiterinnen in der sächsischen Textilindustrie ist noch erheblich schlechter als die Lage der männlichen Arbeiter in den Betrieben. Die Frau in den Betrieben wird von den kapitalistischen Unternehmern als ein noch züchtigeres Ausbeutungsobjekt betrachtet und die Ausbeutung der Textilarbeiterinnen übersteigt noch bei weitem die Ausbeutung der männlichen Arbeiter, und die weiblichen Arbeiterinnen insbesondere in der sächsischen Textilindustrie werden zu teuren Lohnsklaven mit einer geradezu jämmerlichen Entlohnung herabgedrückt. Unmenslich lange Arbeitszeit bei Wochenlöhnen von 10 und 12 Mark sind keine Seltenheit, sondern gehören zur Regel bei der Entlohnung der Textilarbeiterinnen. Geradezu unmenslich ist die Ausbeutung der jugendlichen Textilarbeiterinnen in den sächsischen Textilbetrieben. Jugendlöhne Textilarbeiterinnen werden mit einem Stundenlohn von 16 und 20 Pfennig abgefertigt und Wochenlöhne von 6 bis 8 Mark sind die durchschnittliche Entlohnung dieser jugendlichen Arbeiterinnen und der Textilarbeiterinnen noch weiter. Schikanen und Mißhandlungen jugendlicher Arbeiterinnen gehören zu den Alltagslichkeiten in der Textilindustrie und noch verliert das Unternehmertum, diese Ausbeutung der weiblichen und jugendlichen Arbeiter weiter zu verschärfen und die Löhne noch weiter zu kürzen.

Nicht anders liegen die Dinge in den übrigen Industrien. Die weiblichen Arbeiter in der sächsischen und mitteldeutschen

Metallindustrie, in der mitteldeutschen chemischen Industrie werden in allen Betrieben bei unmenschlichen Arbeitsbedingungen und überlanger Arbeitszeit, bei Schikanen und Mißhandlungen mit jämmerlich geringen Löhnen noch Hause geschickt. Besonders groß ist das Elend der Arbeiterinnen in der Heimindustrie, die in Sachsen und Mitteldeutschland besonders verbreitet ist. In Sachsen allein weist die Statistik noch 84.881 Heimarbeiter auf, davon allein 78.856 weibliche. In Thüringen beträgt die Zahl der Heimarbeiter nach amtlichen Zahlen noch 17.500. Geradezu furchtbar ist die Entlohnung und die Ausbeutung dieser Heimarbeiterinnen. So werden in Rassel zum Beispiel für Tütschen Stundenlöhne von 8, 10 und 12 Pfennig gezahlt und der Arbeitslohn für 1000 Tütschen beträgt 60-65 Pfennig. Ungeheuer ist die Ausbeutung und die Notlage in der Blumen- und Spielzeug-Industrie. Es ist in der sächsischen Blumenindustrie durchaus keine Seltenheit, daß die Arbeiterinnen mit einem Wochenlohn von 8 bis 10 Mark nach Hause gehen. Diese Löhne sind für sehr viele Arbeiterinnen sogar noch Spitzenlöhne und stellenweise werden nur

3-8 Mark in der Woche verdient. Die tägliche Arbeitszeit für diese Entlohnung ist praktisch unbegrenzt. Sie beginnt vereinzelt um 5 Uhr und dauert fast ohne Pause bis in die Nacht hinein. In vielen Fällen müssen die Heimarbeiterinnen auch die Nacht durcharbeiten. Die Ehepaare werden auf Momente beschränkt, vielfach wird bei der Arbeit gegessen. Allein stehende Frauen arbeiten von morgens 5 Uhr bis nachts 1 Uhr für 1,50 bis 2 Mark täglich.

Ein furchtbares Elendkapitel in der Heimindustrie stellt die Kinderarbeit dar. Fast in allen Heimindustrien werden die schändlichen Kammerlöhne nur dadurch erreicht, daß die ganze Familie einschließlich der Kinder von 5 und 6 Jahren an mit zur Arbeit herangezogen werden. Ungeheure gesundheitliche Not und furchtbare Arbeiterkinder-Sterblichkeit, gesundheitliche und geistige Schädigung und Verwahrlosung der Kinder von Heimarbeiterinnen ist die unausbleibliche Folge dieser kapitalistischen Lohnrauberei.

(Fortsetzung auf Seite 2)

### Neue Brüning-Diktaturregierung gebildet

## Ein Schritt zur Reichswehrdiktatur!

SPD toleriert die faschistische Rechtsregierung weiter / Heraus zum Massenkampf!

Berlin, 10. Oktober. (Eig. Ber.)

Hindenburg hat gestern abend den Reichstanzler Dr. Brüning in seinem Amt als Reichstanzler bestätigt und folgende, vom Reichstanzler vorgeschlagene Zusammensetzung der Regierung genehmigt:  
Reichstanzler und Reichsminister des Inneren: Dr. Brüning  
Stellvertreter des Reichstanzlers und Reichsfinanzminister: Dr. Dietrich  
Reichswirtschaftsminister: Dr. Warmbold  
Reichsarbeitsminister: Dr. Stegerwald  
Reichswehr- und Reichsinnenminister: Dr. Groener  
Reichsjustizminister: Dr. Joel  
Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft: Dr. Schiele  
Reichsverkehrsminister: Treviranus  
Reichspostminister: Dr. Schäkel.

Der politische Kurs des zweiten Brüning-Kabinetts ist durch zwei Tatsachen gekennzeichnet: 1. Die weitere Faschisierung der kapitalistischen Staatsgewalt durch die Übertragung des Reichswehr- und Reichsinnenministeriums an Dr. Groener. Das bedeutet, Zusammenwirken von Reichswehr und Polizei zur Wiederherstellung der kämpfenden Arbeiterkraft. Die Übertragung dieser Aufgaben an Groener, an den Minister der Kriegsjahre, der die kretzenden Munitionsarbeiter „Dunnschleife“ ritulierte, beweist, daß das Kabinett Brüning als Überbergangskabinett für eine kommende Reichswehrdiktatur gedacht ist.

2. Die Ernennung Dr. Joel's zum Reichsjustizminister bedeutet ein Programm und zwar ein Programm zur weiteren vollkommenen Faschisierung der Klassenjustiz. Dr. Joel, seit Jahrzehnten als ein Exzeptionist bekannt, ist der gegebene Mann für die Klassenjustiz der Sondergerichte, die durch die Notverordnung eingeführt sind.

Das zweite Kabinett Brüning kann im Reichstag nur eine Mehrheit finden, wenn die Sozialdemokratische Partei ihr Tolerierungspolitk fortsetzt. Es steht heute schon fest, daß die Sozialdemokratie dem zweiten Brüningkabinett gegenüber, trotz aller faschistischen Notverordnungen dieselbe Haltung einnehmen wird, wie bei dem Kabinett Brüning 1. Der Dresdner Anzeiger

schreibt wörtlich in seiner Morgenausgabe vom Sonnabend, dem 10. Oktober 1931:

„Bei den Sozialdemokraten muß man angelichts der Abspaltung des linken Flügels zweifellos mit gewissen Mißverständnissen rechnen, aber im großen und ganzen wird die Partei auch dem neuen Kabinett Brüning Gefolgschaft leisten.“

Arbeiter, Arbeiterinnen, Werktätige in Stadt und Land! Hört es, die sozialdemokratischen Führer werden dem Brüningkabinett 2, der Regierung der vorbereitenden Militärdiktatur, Gefolgschaft leisten und das, trotzdem heute bereits bekannt ist, daß diese Regierung der Reichstag nur 8 Tage zusammentreten lassen will, um ihn dann nach Hause zu schicken um mit weiteren Notverordnungsmahnahmen zu regieren. Sozialdemokratische Arbeiter, wie lange wollt ihr durch Unterstützung dieser Führer die Verantwortung für die weitere Faschisierung Deutschlands, für Lohnraub und Unterstüßungsabbau tragen? Macht Schluss mit der SPD, der Stütze der Brüningdiktatur. Reicht euch ein in die kommunistische Partei, auf zum Massenkampf gegen faschistische Diktatur, für ein freies sozialistisches Deutschland.

### Hitler bei Hindenburg

Berlin, 10. Okt. (Eig. Meld.)

Die gestrige Abendpresse der Rechten meldet in großer Aufmachung, daß der Führer der Nationalsozialisten, Hitler, vom Reichspräsidenten zu einer Aussprache empfangen wird.

Während die demokratische Presse noch gestern an der Befähigung dieser Meldung zweifelte, bringt das Berliner Tageblatt in seiner heutigen Morgen-Ausgabe die Meldung in einer Aufmachung, die einer Befähigung gleichkommt. Das Tageblatt sagt, daß die Zulassung des Reiches Hitlers bei Hindenburg ein „schlimmer politischer Fehler“ ist und spielt auf die Meldungen verschiedener Zeitungen an, die wissen wollen, daß Brüning nicht mehr 100-prozentig das Vertrauen Hindenburgs besitzen soll.

Dieser Besuch in der jetzigen Situation bedeutet eine Beileugung zum offenen Faschismus in Deutschland.

## Frau Gendewik kommt zur KPD!

In Zwickau hat die Frau des Vorsitzenden der SWP, Genossin Gendewik, um Aufnahme in die kommunistische Partei ersucht. In den letzten Tagen sind erneut 36 sozialdemokratische Arbeiter aus der SPD ausgetreten und haben gleichfalls ihre Aufnahme in die kommunistische Partei beantragt.

Auf der Landeskonferenz werktätiger Frauen, die heute am 10. Oktober in Leipzig beginnt, wird die Genossin Gendewik ihren Übertritt begründen.

Mannheim und Zwickau zeigen erneut den Weg, den alle sozialdemokratischen Arbeiter gehen müssen. Fort von der Brüningpartei der Weis und Seidring, aber nicht Schaffung einer neuen Partei des Arbeiterverrats, wie es Gendewik und Rosenfeld getan haben. Die ehrlichen linken Arbeiter der SPD müssen allenfalls die einzig mögliche Konsequenz ziehen, das heißt in den Reihen der kommunistischen Partei gegen den Kapitalismus, gegen die Notverordnungspolitik der Brüningregierung und ihre Trabanten kämpfen.